

Am 20. Oktober 1991 wählen wir.

## Heisser Lohnherbst – laue Wahlen?

Die Tages-Anzeiger AG und die Ringier AG schmeissen Gesamtarbeitsverträge weg wie Altpapier, die Uhrenindustrie wehrt sich gegen einen neuen Vertrag und stellt wie viele andere Arbeitgeber, z.B. auch der Kanton Bern, trotz Rekordinflation den Teuerungsausgleich in Frage. Substantielle Verbesserungen der AHV werden verzögert. Machen auch wir Dampf: mit dem Wahlzettel! In der schweizerischen Sozialpolitik und in den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern stehen in diesem Herbst einige Zeichen auf Sturm. Rentnerinnen und Rentner, Familien, kleinere und mittlere Lohnverdiener haben nicht genügend Lobby, um politisch kräftig dagegenzuhalten. Und trotzdem bleibt der Wahlkampf eher lau. Wir können das noch ändern!

### AHV: unwürdig tief

Auf Anfang 1992 werden die AHV- und IV-Renten um 12,5 Prozent erhöht. Die einfache Mindestrente beträgt dann 900 Franken, die Höchstrente 1800 Franken, für Ehepaare steigen die Monatsbeträge auf 1350 (Minimum) bis 2700 Franken (Maximum). Damit wird der Verfassungsauftrag nach existenzsichernden Renten klar nicht erfüllt. Im bitteren Gegensatz dazu verhalten sich die Immobilienhaie, Hypozinstreiber und Chefärzte, die sich bei der Kaufkraftsteigerung ihrer Höchstehkommen keine Zurückhaltung auferlegen. Die AHV/IV-Renten für die tiefen und mittlern Einkommensgruppen sind nach wie vor unwürdig tief. Ich habe deshalb in der zweiten Woche der Herbstsession im Nationalrat dafür gestimmt, dass die Renten bereits bei einer Teuerung von 3 Prozent und nicht erst bei 4 Prozent jährlich angepasst werden sollen. Wir Gewerkschafter/-innen und Sozialdemokraten/-innen sind mit 65:54 Stimmen unterlegen. Mit sechs Parlamentariern/-innen mehr auf unserer Seite und sechs weniger auf der andern Seite hätten jetzt die Rentnerinnen und Rentner faktisch den jährlichen Teuerungsausgleich. Wir brauchen also keinen Umsturz, um etwas zu verändern, sondern nur ein wenig mehr politische Kraft. Die 10. AHV-Revision soll mit der neuen Rentenformel die bescheidenen Renten verbessern. Leider brauchten Bundesrat Cotti und sein Bundesamt für Sozialversicherung Jahre, um diese Revision vors Parlament zu bringen. Ich persönlich bedauere auch die Verzögerung, die nun bei der Behandlung dieses Geschäftes eingetreten ist. Um den untern und mittlern Rentnerinnen und Rentnern wirklich zu helfen, dazu brauchen wir eine kräftige Erhöhung der kleinem Renten, wie das die Initiative des SGB und der SPS will. Auch hier gilt: Nur mit mehr politischer Kraft können wir sie rasch durchsetzen.

### Teuerungsausgleich ist Grundrecht

Was für die Renten gilt, gilt auch für die Löhne. Der Teuerungsausgleich ist ein Grundrecht. In diesem Herbst wird die Kaufkrafterhaltung der Löhne von öffentlichen und privaten Arbeitgebern vehement bestritten. Hohe Teuerung und Konjunkturabschwung müssen als Begründung herhalten. Für die hohe Teuerung sind aber nicht die Erwerbstätigen verantwortlich. Sie büssen vielmehr für die Fehler in der Geldpolitik unserer Nationalbank. Ob deren Präsident Lusser wohl auf seinen Teuerungsausgleich verzichtet und dafür mindestens 15 Arbeitnehmerfamilien je tausend Franken schenkt? Der Teuerungsausgleich schafft aber auch Kaufkraft. Er stützt so den Konsum und damit die Konjunktur. Gerade im gegenwärtigen Konjunkturtief ist das wichtig. Für das grosse Klagen der Arbeitgeber über den Teuerungsausgleich lassen sich kaum stichhaltige Gründe finden, Hier trifft das Motto „Lerne zu klagen, ohne zu leiden“ zu. Soeben sind die definitiven Wirtschaftszahlen für 1990 bekanntgeworden. Das Bruttoinlandprodukt (BIP) nahm 1990 real um satte 2,2 Prozent zu und die Arbeitsproduktivität (reales BIP pro erwerbstätige Person) immer noch um ein Prozent. Und trotz aller rezessiven Erscheinungen rechnen die Prognoseinstitute auch für 1991 mit einem realen Wirtschaftswachstum. Die Bank Vontobel sagt den börsenkotierten Schweizer Firmen für dieses Jahr sogar einen durchschnittlichen Gewinnzuwachs von 17 Prozent voraus. Da wird ja wohl der Teuerungsausgleich finanzierbar sein. Leider steht nicht nur der Teuerungsausgleich auf dem Spiel. Die Arbeitgeber stellen die ganze Vertragspartnerschaft in Frage, siehe Tages-Anzeiger, Ringier oder Uhrenindustrie. Sie fühlen sich offensichtlich so stark, dass sie glauben, den kollektiven Schutz der Gesamtarbeitsverträge abbauen zu können. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sollen wie im frühkapitalistischen Zeitalter auf Gedeih und Verderben dem Patron ausgeliefert sein. Solche Entwicklungen übertragen sich auf die öffentliche Hand, das Beispiel der Berner Regierung mit dem verweigerten Teuerungsausgleich zeigt es. Oder die Motion der eidgenössischen Räte, mit welcher das Beamtengesetz dereguliert werden soll. Wir müssen deshalb bei den Wahlen kräftig Gegensteuer geben und die Vertretung der Arbeitnehmerschaft im Parlament stärken. Kolleginnen und Kollegen, setzt ein Zeichen und wählt Eure Vertrauensleute in die eidgenössischen Räte!

Georges Eggenberger. Nationalrat Georges Eggenberger ist Generalsekretär der PTT-Union und Präsident des Föderativverbandes, dem auch der VPOD angehört. Er kandidiert im Kanton Bern auf der Liste „Sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften“, Liste Nr. 4.

OeD, 11.10.1991

Oeffentlicher Dienst, Der > Sozialpolitik. Wahlen. OeD, 1991-10-11

